

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40
Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Per E-Mail

Bundesamt für Polizei

psi.strategie@fedpol.admin.ch

11. Februar 2026

Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. November 2025 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung der Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisverordnung, VAwG) und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für die Möglichkeit und nimmt diese gerne wahr.

Der Regierungsrat begrüsst die Vorlage und die Einführung der Identitätskarte für Schweizer Bürgerinnen und Bürger mit Datenchip, womit eine Änderung sowohl der Ausweisverordnung als auch der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige einhergeht. Er teilt die Auffassung des Bundesrats, den Bezug der biometrischen Identitätskarte freiwillig zu gestalten und die Möglichkeit, eine Identitätskarte ohne Datenchip zu beantragen, offen zu lassen. Nichtsdestotrotz ist aber davon auszugehen, dass aufgrund der Regelungen im nahen Ausland die meisten Schweizerinnen und Schweizer die biometrischen Identitätskarte bestellen werden.

Als sinnvoll erachtet der Regierungsrat, dass aufgrund der marginalen Kostendifferenz die Gebühr für beide Identitätskarten gleich hoch bleibt.

Die Harmonisierung der biometrischen Daten mit dem Schweizer Pass (Gesichtsbild und zwei Fingerabdrücke) erhöht die Sicherheit, schafft Einheit und erleichtert damit die Umsetzung im Ausweiswesen. Die Aufhebung der Möglichkeit, eigene Fotos bei den Online-Anträgen einzureichen, wird begrüsst, da dies das Risiko von Manipulationen reduziert und die Qualität der biometrischen Daten sicherstellt (vgl. Art. 12 Ausweisverordnung¹). Die aktualisierte Fotomustertafel erleichtert zudem die korrekte Aufnahme und Verarbeitung der Bilder.

Die im Zuge der Einführung der Identitätskarte mit Datenchip zugleich vollzogene Umbenennung von "provisorischer Pass" zu "Notpass" wird ausdrücklich unterstützt.

Dem Regierungsrat ist es ein Anliegen zu betonen, dass die Kommunikation über die Einführung der biometrischen Identitätskarte koordiniert ablaufen muss und frühzeitig an die Hand zu nehmen ist. Seines Erachtens sollte die schweizweite Information an die Bevölkerung bereits vor den Sommer-

¹ Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisverordnung, VAwG) vom 20. September 2002 ([SR 143.11](#)).

ferien erfolgen. Zwingend muss darin auf mögliche längere Wartezeiten hingewiesen werden. Eine frühzeitige Antragsstellung ist dabei ebenso zu empfehlen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Stephan Attiger
Landammann



Joana Filippi
Staatsschreiberin



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 26. Februar 2026

Eidg. Vernehmlassung; Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. November 2025 lud das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Kantonsregierungen ein, bis 28. Februar 2026 zu einer Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat spricht sich grundsätzlich für die Einführung der Identitätskarte mit Datenchip aus. Er nimmt zur Vernehmlassung des Bundes betreffend die Einführung der biometrischen Identitätskarte wie folgt Stellung:

Grundsätzliches

Die geplante Einführung der Identitätskarte mit integriertem Datenchip wird begrüsst. Die biometrische Technologie bietet eine effiziente Möglichkeit zur Erhöhung der Fälschungssicherheit und wird die internationale Mobilität der Schweizer Staatsangehörigen, insbesondere im europäischen Raum, erleichtern. Der Schritt zur Stärkung der Identitätsprüfungen ist vor dem Hintergrund der zunehmenden globalen Sicherheitsanforderungen als sinnvoll zu bewerten.

Wahrung der Freiwilligkeit

Die Entscheidung des Bundes, den Bezug der biometrischen Identitätskarte freiwillig zu gestalten, wird ausdrücklich unterstützt. Dies entspricht dem Prinzip der Wahlfreiheit und respektiert die unterschiedlichen Bedürfnisse und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich Datenschutz und Datensicherheit.

Praktische Umsetzung auf Kantonsebene

Die Einführung der biometrischen ID setzt voraus, dass die Kantone über geeignete technische Infrastrukturen verfügen, um die neuen Anforderungen zu erfüllen. Der Bund wird ersucht, die Kantone dabei zu unterstützen, damit diese Infrastrukturen rechtzeitig zur Verfügung stehen.



Datenschutz und Sicherheit

Der Datenschutz im Zusammenhang mit der neuen Identitätskarte hat höchsten Standards zu entsprechen. Der Schutz der auf dem Chip gespeicherten biometrischen Daten muss durch geeignete technische und organisatorische Massnahmen gewährleistet werden. Die Verwendung dieser Daten muss streng auf den vorgesehenen Zweck der Identitätsprüfung begrenzt und transparent gestaltet werden.

Informationsstrategie

Zur Sicherstellung einer breiten Akzeptanz der neuen Identitätskarte wird eine umfassende Informationskampagne empfohlen, um die Bevölkerung über die Vorteile, die Freiwilligkeit des Bezuges sowie die sicherheits- und datenschutztechnischen Vorkehrungen aufzuklären. Dies ist entscheidend, um Vertrauen in die neue Technologie zu schaffen und mögliche Ängste oder Vorbehalte abzubauen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



KANTON
APPENZELL INNERRHODEN

Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
psi.strategie@fedpol.admin.ch

Appenzell, 5. Februar 2026

Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. November 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft und ist mit den Änderungen einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Roman Dobler

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Bern

psi.strategie@fedpol.admin.ch

Liestal, 13. Januar 2026

Vernehmlassung betreffend Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.
Wir begrüssen die vorgeschlagene Verordnungsänderung. Die Einführung von Identitätskarten mit Kartenchip wird zu einem höheren Kundenaufkommen führen und zusätzliche Erfassungsplätze sowie entsprechend geschultes Personal erfordern. Wir ersuchen daher um die frühzeitige Bekanntgabe der technischen Vorgaben und um grosszügige Übergangsfristen.

Hochachtungsvoll


Dr. Anton Lauber
Regierungspräsident


Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.bs.ch/regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail an:
psi.strategie@fedpol.admin.ch

Basel, 3. Februar 2026

Regierungsratsbeschluss vom 3. Februar 2026

Vernehmlassung zur Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip; Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. November 2025 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Bemerkungen zukommen.

1. Grundsätzliche Einschätzung

Der Regierungsrat begrüsst die zur Vernehmlassung unterbreiteten Verordnungsänderungen und die damit verbundene Einführung einer Identitätskarte mit Datenchip. Durch die beabsichtigten Änderungen ist ein Grenzübertritt in den Schengenraum bzw. in die Staaten der Europäischen Union für Schweizerbürgerinnen und Schweizerbürger weiterhin problemlos gewährleistet, ohne dass sie einen Reisepass mit sich tragen müssen.

2. Zu den Änderungsvorschlägen

Zu den vorgeschlagenen Änderungen der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige hat der Regierungsrat keine Anmerkungen oder Ergänzungen. Das vorgeschlagene Prozedere zur Ausstellung der neuen Identitätskarte mit Datenchip ist nachvollziehbar und hat für den Kanton Basel-Stadt mit nur drei Gemeinden keine wesentlichen Änderungen in den Abläufen zur Folge. Denn obwohl die Gemeinden im Kanton Basel-Stadt nach wie vor Identitätskarten ausstellen, liegt die Hauptlast der Ausstellung von Reisedokumenten bereits heute beim kantonalen Passamt. Daran wird sich auch mit der Einführung der Identitätskarte mit Datenchip nichts Wesentliches ändern.

Auch mit der künftig geplanten Gebührenerhebung ist der Regierungsrat einverstanden.

3. Beibehaltung der Identitätskarte ohne Chip

Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass die Beibehaltung einer Identitätskarte ohne Chip den politischen Gegebenheiten geschuldet ist. Es ist verständlich, dass der Bund eine mit der Abschaffung der «gewöhnlichen» Identitätskarte verbundene Gesetzes- bzw. Verordnungsänderung vermeiden will, um damit innerhalb der Bevölkerung nicht eine erneute Diskussion zur Erhebung von biometrischen Daten riskieren zu müssen.

Der Regierungsrat erlaubt sich in diesem Zusammenhang, auf seine früheren Stellungnahmen zu verweisen, wonach er ein Nebeneinander von Identitätskarte mit und ohne Chip für ungeeignet hält. Einerseits führt eine parallele Ausstellung von unterschiedlichen Identitätskarten zu Verwirrung bei der Bevölkerung. Zudem besteht die Gefahr, dass Bürgerinnen und Bürger die Grenze in den Schengenraum mit Identitätskarten überschreiten, welche nicht mit dem notwendigen Datenchip versehen sind, was letztendlich einem illegalen Grenzübertritt gleichkommt. Ausserdem ist der Beratungsaufwand für die kantonalen Passstellen nicht zu unterschätzen, der mit dem Angebot von Kombinationen verschiedener Ausweise einhergeht.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt das JSD an die Adresse des EJPD den Hinweis, die Identitätskarte ohne Chip weiterhin im Auge zu behalten und diese allenfalls zu einem späteren Zeitpunkt – speziell, wenn festgestellt wird, dass sie kaum bis gar nicht mehr nachgefragt wird – abzuschaffen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne der Leiter des Bevölkerungsamts Basel-Stadt, Herr Fritz Schütz, fritz.schuetz@jsd.bs.ch, Tel. 061 267 71 00, zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail (in Word und PDF) an:
psi.strategie@fedpol.admin.ch

RRB Nr.: 90/2026
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

11. Februar 2026

**Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Er begrüsst die Änderungen, deren Notwendigkeit sich aus erhöhten technischen Sicherheitsvorgaben für die Sicherstellung von internationalen Reisen ergibt.

Der Regierungsrat erwartet keine Auswirkungen auf die bestehende Infrastruktur, da diese bereits kantonalisiert ist. Aus den Erfahrungen bei der Einführung des biometrischen Reisepasses erwarten die zuständigen Stellen jedoch vermehrte Vorsprachen rund um den Einführungstermin der Identitätskarte mit Datenchip, was vorübergehend Auswirkungen auf den Personalbedarf haben wird.

Die vorliegenden Änderungen des Bundesrechts wird der Kanton Bern noch in die kantonalen Erlasse übertragen müssen. Da es sich hierbei um eine Verordnung in der Zuständigkeit des Regierungsrats handelt, wird die Koordination mit der Inkraftsetzung des Bundeserlasses voraussichtlich keine Probleme bereiten.

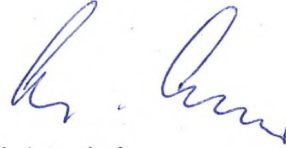
Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Kenntnisnahme seiner Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Christoph Neuhaus
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Datenschutzaufsichtsstelle des Kantons Bern
- Finanzdirektion
- Sicherheitsdirektion



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : psi.strategie@fedpol.admin.ch

Fribourg, le 9 décembre 2025

2025-1285

Modification de l'ordonnance sur les documents d'identité et de l'ordonnance du DFJP sur les documents d'identité des ressortissants suisses en vue de l'introduction de la carte d'identité munie d'une puce – Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

L'introduction de la carte d'identité (CI) biométrique répond à des motifs sécuritaires qui ont d'ores et déjà conduit l'ensemble des pays de l'Union européenne (UE) à ne délivrer plus que des documents biométriques. La nouvelle carte d'identité munie d'une puce permettra ainsi d'assurer que les Suisses pourront continuer à se déplacer librement dans l'UE à l'avenir. Dans cette perspective, nous approuvons pleinement la modification des deux ordonnances permettant l'introduction de ce nouveau modèle.

Nous approuvons le fait que la nouvelle CI biométrique ne puisse être délivrée que par les services cantonaux en charge des documents d'identité. Quand bien même les communes pourront continuer à délivrer la CI non biométrique, qui subsiste en parallèle, nous nous attendons à ce que la plupart des citoyens suisses opteront pour la CI munie d'une puce dès que celle-ci sera disponible. La conséquence en est que les communes verront sans doute le volume de leurs émoluments en la matière drastiquement diminuer, ce dont nous les avons d'ores et déjà prévenues dans le contexte de ce projet.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-François Steiert, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Copie

—
à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle et le Service de la population et des migrants ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 11 février 2026

Le Conseil d'Etat

4883-2025

Département fédéral de justice et police
DFJP
Monsieur Beat JANS
Conseiller fédéral
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Concerne : modification de l'ordonnance sur les documents d'identité et de l'ordonnance du DFJP sur les documents d'identité des ressortissants suisses en vue de l'introduction de la carte d'identité munie d'une puce

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat a bien reçu votre lettre du 12 novembre 2025, par laquelle vous l'avez invité à se prononcer dans le cadre de la consultation citée en marge, et vous en remercie.

En préambule, notre Conseil soutient, de manière générale, les modifications proposées et rendues nécessaires en raison de l'introduction d'une carte d'identité (CI) munie d'une puce en plus de la CI actuelle sans puce. Il approuve, à cet égard, la nécessité de solliciter cette nouvelle CI uniquement auprès des services cantonaux des passeports, soit, pour le canton de Genève, le Centre cantonal de biométrie (CCB). Dans cette perspective, celui-ci a déjà adapté ses infrastructures en conséquence.

Par ailleurs, notre Conseil salue le maintien de l'émolument actuel grâce à une répartition adaptée au niveau de la Confédération. Cependant, s'agissant spécifiquement de l'art. 13, al. 4 de l'avant-projet de l'ordonnance sur les documents d'identité (OLDI), l'établissement, en faveur de personnes dont les empreintes digitales ne peuvent être prises pour des raisons médicales temporaires, d'un passeport ou d'une carte d'identité munie d'une puce, pourrait créer, en cas de renouvellements successifs desdits documents, une surcharge administrative pour les services compétents ainsi que financière, en termes de paiement d'émoluments, pour les personnes dont la situation médicale ne s'est pas rétablie après une année à compter de la production desdits documents. Aussi, il serait opportun de prévoir, pour le cas d'espèce, une durée de validité plus longue.

Par ailleurs, notre Conseil saisit l'opportunité de cette consultation pour demander à ce que l'ordonnance susmentionnée puisse, dans le futur, prévoir une durée de validité illimitée de la carte d'identité sans puce des personnes d'un certain âge, à l'image de l'art. 4, al. 2, let. c

du Règlement (UE) 2019/1157, qui prévoit que les Etats membres peuvent établir une durée de validité de plus de dix ans pour les cartes d'identité, délivrées aux personnes âgées de 70 ans ou plus. De notre point de vue, cela soulagerait grandement ces personnes et leurs proches dans le cadre de leurs démarches administratives, lesquelles seraient également simplifiées pour les services concernés.

En vous réitérant nos remerciements, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

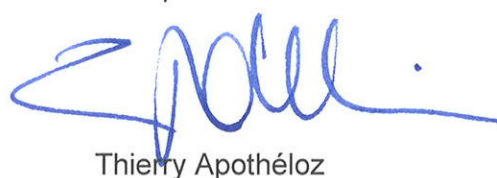
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti-El Zayadi

Le président :



Thierry Apothéloz

Glarus, 10. Februar 2026
Unsere Ref: 2025-269 / SKGEKO.5080

**Vernehmlassung i. S. Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des
EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identi-
tätskarte mit Datenchip**

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

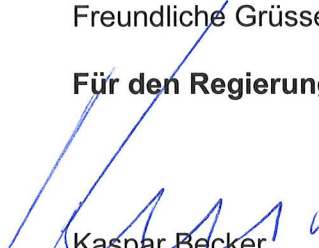
Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angele-
genheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt
vernehmen:

Der Kanton Glarus spricht sich aus Gründen der effizienten Nutzung von personellen und
finanziellen Ressourcen und zur Sicherstellung der operativen Praktikabilität dafür aus, dass
mit der Einführung der Identitätskarte mit Datenchip auf diejenige ohne Datenchip zu verzich-
ten sei.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den
Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Kaspar Becker
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): psi.strategie@fedpol.admin.ch



Sitzung vom

24. Februar 2026

Mitgeteilt den

24. Februar 2026

Protokoll Nr.

144/2026

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
CH-3003 Bern

Per Mail (Word- und PDF-Version) an:

psi.strategie@fedpol.admin.ch

Vernehmlassung EJPD - Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip
Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. November 2025 hat uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) in rubrizierter Angelegenheit Unterlagen zugestellt und uns die Möglichkeit gegeben, bis am 28. Februar 2026 zur «Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip» Stellung zu nehmen.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass wir den Inhalt der Vorlage seitens des Kantons Graubünden begrüßen. Wir verzichten jedoch auf die Einreichung einer ausführlichen Stellungnahme.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Der Präsident:

Martin Bühler

Namens der Regierung

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police
Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

En Word et PDF par courriel à : eazw@bj.admin.ch

Delémont, le 10 février 2026

Modification de l'ordonnance sur les documents d'identité et de l'ordonnance du DFJP sur les documents d'identité des ressortissants suisses en vue de l'introduction de la carte d'identité munie d'une puce

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier relatif à la procédure de consultation susmentionnée et il vous en remercie.

De manière générale, le Gouvernement salue cette révision et soutient pleinement l'introduction d'une carte d'identité biométrique. Cette évolution s'inscrit de manière cohérente dans la modernisation des documents d'identité suisses et répond aux exigences accrues en matière de sécurité, de fiabilité et de reconnaissance internationale. Le Gouvernement est favorable à la révision des éléments de l'ordonnance sur les documents d'identité (OLDI).

Nous relevons en particulier que l'introduction de la carte d'identité biométrique permet aux citoyennes et citoyens suisses de continuer à voyager dans l'espace Schengen conformément aux engagements internationaux de la Suisse, notamment dans le cadre de l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP). À cet égard, le projet contribue à préserver la mobilité de la population suisse tout en renforçant la crédibilité et la sécurité des documents délivrés.

Carte d'identité munie d'une puce et données biométriques

Nous partageons l'analyse selon laquelle l'intégration d'une puce contenant des données biométriques constitue une mesure appropriée et proportionnée pour lutter contre les abus, améliorer l'identification des titulaires et garantir la conformité aux standards européens et internationaux.

Les garanties prévues en matière de protection des données, de limitation des usages et de sécurité des systèmes apparaissent adéquates. Elles permettent de concilier efficacement les impératifs de sécurité avec le respect des droits fondamentaux et de la sphère privée.

Abandon de la possibilité d'apporter sa propre photographie

Nous approuvons l'abandon de la possibilité pour les requérants de fournir eux-mêmes leur photographie. Cette option étant très peu utilisée en pratique, sa suppression contribue à simplifier les procédures, à uniformiser la qualité des documents délivrés et à réduire les risques d'erreurs ou de non-conformité, sans constituer une restriction significative pour les citoyennes et citoyens.

Changement d'appellation du passeport provisoire

Nous n'avons pas de remarque particulière concernant le changement d'appellation du "passeport provisoire" en "passeport d'urgence". Cette nouvelle dénomination est plus claire, plus compréhensible pour le grand public et reflète mieux la finalité réelle de ce document.

Émoluments

Enfin, nous saluons le travail approfondi réalisé dans le cadre de l'étude sur la fixation des émoluments. La méthodologie adoptée, la transparence des coûts pris en compte ainsi que l'équilibre recherché entre couverture des frais et accessibilité pour la population sont à relever positivement.

Sur cette base, nous approuvons les émoluments proposés, que nous jugeons appropriés, proportionnés et justifiés au regard des prestations fournies et des investissements nécessaires à l'introduction de la carte d'identité munie d'une puce.

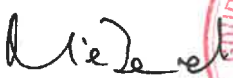
Conclusion

En conclusion, l'entité soussignée soutient le projet de modification de l'ordonnance mis en consultation et encourage sa mise en œuvre. Celui-ci constitue une étape importante pour garantir des documents d'identité sûrs, modernes et reconnus internationalement, tout en préservant les droits et la mobilité des citoyennes et citoyens suisses.

Au surplus, le Gouvernement n'a pas d'autres remarques à formuler sur les modifications législatives proposées.

Nous vous remercions de l'attention portée à la présente. Le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Rosalie Beuret Siess
Présidente




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
jsdds@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

via E-Mail

psi.strategie@fedpol.admin.ch

Luzern, 3. Februar 2026

Protokoll-Nr.: 149

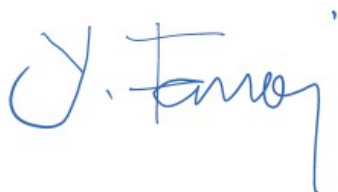
Änderung Ausweisverordnung und Verordnung über Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates bedanke ich mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teile Ihnen mit, dass die Einführung der Identitätskarte mit Chip vom Kanton Luzern ausdrücklich begrüsst wird. Der Chip sowie die Fotografie des Ausweisfotos vor Ort entsprechen internationalen Sicherheitsstandards, erhöhen die Fälschungssicherheit und erleichtern eine verlässliche Identitätsprüfung im Inland als auch im Schengen-Raum. Besonders positiv hervorzuheben ist die zeitgemässe Umstellung auf biometrische Daten, welche den geltenden Anforderungen der EU und der ICAO gerecht wird und die Reisefreiheit der Schweizer Bürgerinnen und Bürger langfristig sicherstellt.

Zudem verfügt der Kanton bereits heute über die erforderliche Infrastruktur zur Erfassung biometrischer Daten, sodass die Umsetzung ohne grössere organisatorische Anpassungen im Behördenbetrieb möglich ist. Auch die gleichbleibende Gebührenstruktur wird begrüsst.

Freundliche Grüsse



Ylfete Fanaj
Regierungsrätin



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Modification de l'ordonnance sur les documents d'identité et de l'ordonnance du DFJP sur les documents d'identité des ressortissants suisses en vue de l'introduction de la carte d'identité munie d'une puce

Monsieur le conseiller fédéral,

Nous vous remercions de votre courrier du 12 novembre 2025 qui a retenu notre meilleure attention.

Le Conseil d'État du Canton de Neuchâtel juge opportun l'introduction d'une nouvelle carte d'identité à puce qui permettra de respecter les normes internationales de sécurité élevées des documents d'identité.

Il est en effet dans l'intérêt de la Suisse de maintenir la libre circulation de nos concitoyen-ne-s au sein de l'Union Européenne et dans l'espace Schengen pour les années à venir.

Nous comprenons le maintien d'une carte d'identité sans puce pour nos compatriotes qui ne prévoient pas de voyager au-delà de nos frontières. Néanmoins, nous pensons que proposer ce type de document dans l'offre combinée avec le passeport biométrique n'est pas réaliste. De ce fait, nous proposons une offre combinée uniquement pour des passeports biométriques accompagnés de cartes d'identité biométriques.

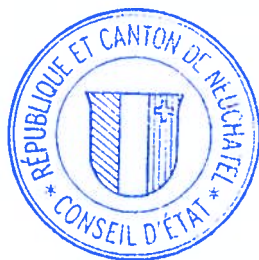
De surcroît, nous comptons sur une campagne de communication nationale expliquant aux citoyen-ne-s que les cartes d'identité sans puce émises jusqu'à ce jour pourront être utilisées dans l'espace Schengen jusqu'à leur date d'expiration. Il sera également nécessaire d'expliquer à notre population la différence entre la nouvelle carte d'identité à puce et l'e-ID.

NE

Enfin, nous prenons acte du nouveau nom du passeport provisoire, lequel s'appellera dorénavant passeport d'urgence. Toutefois, nous regrettons que ce dernier ne soit pas équipé d'une puce et qu'il ne permette toujours pas de voyager à destination des États-Unis, des Émirats arabes unis voire de Singapour.

Veillez croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

Neuchâtel, le 19 janvier 2026



Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
C. GRAF

La chancelière,
S. DESPLAND



CH-6061 Sarnen, Postfach, Staatskanzlei

Per E-Mail an

psi.strategie@fedpol.admin.ch
Eidgenössisches Justiz- und Polizeide-
partement
Bundesamt für Polizei fedpol

Referenz/Aktenzeichen: 2025-0766
Unser Zeichen: hug

Sarnen, 20. Januar 2026

Änderung Ausweisverordnung und Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für Ihre E-Mail vom 13. November 2025 betreffend Eröffnung der Vernehmlassung zur Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip. Sie fordern darin mitunter die Kantone auf, bis 28. Februar 2026 eine Stellungnahme abzugeben.

Der Kanton Obwalden begrüsst alle vorgeschlagenen Änderungen in besagten zwei Verordnungen. Hervorzuheben ist dabei das richtige und wichtige Vorgehen bei der Gebührenfestlegung, indem das Äquivalenz- und Kostendeckungsprinzip beachtet, ein einheitlicher Kostensatz für beide IDK-Modelle gewählt und schliesslich der Gebührenansatz familienfreundlich ausgestaltet wird.

Die für Rückfragen zuständige Kontaktperson ist Beat Hug, Leiter Rats- und Kanzleisekretariat Staatskanzlei Obwalden (beat.hug@ow.ch, Tel. 041 666 62 02). Für die Gelegenheit zur Stellungnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir bestens.

Freundliche Grüsse

Staatskanzlei

Nicole Frunz Wallimann
Landschreiberin

Kanton Schaffhausen
Departement des Innern
Mühlentalstrasse 105
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 74 61
sekretariat.di@sh.ch



Departement des Innern

Bundesamt für Polizei fedpol
3003 Bern

per E-Mail an:
psi.strategie@fedpol.admin.ch

Schaffhausen, 27. Februar 2026

**Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip;
Stellungnahme des Kantons Schaffhausen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. November 2025 lud das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Kanton Schaffhausen zur Stellungnahme in eingangs erwähneter Angelegenheit ein. Innerhalb der kantonalen Verwaltung wurde das Geschäft zuständigkeitshalber dem Departement des Innern zur Bearbeitung zugewiesen. Das Departement des Innern hat wiederum dem Finanzdepartement, dem Volkswirtschaftsdepartement und dem Migrationsamt die Gelegenheit gegeben, sich zu äussern.

Für die Einladung zur Stellungnahme danken wir Ihnen und lassen uns gerne wie folgt vernehmen: Der Kanton Schaffhausen stimmt der vorgesehenen Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip vorbehaltlos zu. Speziell begrüsst wird der Umstand, dass die Gebühren für Identitätskarten mit und ohne Datenchip gleich hoch ausfallen sollen. Auch die – zwecks Verhinderung von Identitätsmissbrauch – vorgesehene Aufhebung der nach geltendem Recht für die antragstellende Person bestehende Möglichkeit, eine digitale Fotografie mitzubringen, ist positiv hervorzuheben.

Vielen Dank für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Der Departementssekretär

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Aeschbacher', with a stylized, cursive script.

Christoph Aeschbacher

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

fedpol
Bundesamt für Polizei
Guisanplatz 1A
CH-3003 Bern

per E-Mail an:
psi.strategie@fedpol.admin.ch

24. Februar 2026

Vernehmlassung zur Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 12. November 2025 eingeladen, zur Vernehmlassung zur Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Angesichts der stetigen Weiterentwicklung der Sicherheitsstandards für persönliche Ausweisschriften begrüsst der Kanton Solothurn, dass neben der bestehenden Identitätskarte ohne Chip eine Schweizer Identitätskarte mit Datenchip eingeführt werden soll. Es ist davon auszugehen, dass Solothurnerinnen und Solothurner mit der neuen Ausweisschrift ohne Erschwerisse weiterhin den Schengenraum bereisen können.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Susanne Schaffner
Frau Landammann

sig.
Yves Derendinger
Staatsschreiber



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 12. Februar 2026

Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 12. November 2025 laden Sie uns zur Vernehmlassung betreffend die Änderung der Ausweisverordnung und die Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Wir begrüßen die genannten Änderungen und haben dazu keine weiteren Anmerkungen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Beat Tinner
Präsident

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung nur per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
psi.strategie@fedpol.admin.ch

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Signor Consigliere federale
Beat Jans
Dipartimento federale di giustizia e polizia

psi.strategie@fedpol.admin.ch
(Word e pdf)

Procedura di consultazione concernente la modifica dell'ordinanza sui documenti d'identità e dell'ordinanza del DFGP sui documenti d'identità dei cittadini svizzeri in vista dell'introduzione della carta d'identità con microchip

Stimato Consigliere federale,
gentili signore, egregi signori,

abbiamo ricevuto la documentazione relativa alla summenzionata procedura di consultazione concernente la modifica dell'ordinanza sui documenti d'identità e dell'ordinanza del Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP) sui documenti d'identità dei cittadini svizzeri in vista dell'introduzione della carta d'identità con microchip e ringraziamo per la facoltà concessa di poterci esprimere in proposito.

Il Consiglio di Stato prende atto del nuovo tipo di documento, della sua necessità e, consapevole dei cambiamenti strutturali previsti, prende posizione come segue.

1. Osservazioni generali circa l'organizzazione del Canton Ticino in relazione con l'art. 14c dell'ordinanza sui documenti d'identità

Tenuto conto dell'attuale impostazione organizzativa del nostro Cantone in materia di rilascio di documenti d'identità, non vengono formulate particolari osservazioni in merito al contenuto dell'art. 14c cpv. 1 della modifica in oggetto riguardante il ruolo delle cancellerie comunali tramite l'applicazione ISA-NAVIG nel trattamento delle richieste di carte d'identità senza microchip.

Sin dall'introduzione del primo passaporto biometrico nel 2010, il Canton Ticino ha provveduto a garantire un servizio di rilascio dei documenti d'identità adeguato alle esigenze della popolazione, istituendo cinque centri cantonali di registrazione. Questi ultimi sono situati nelle principali regioni del territorio cantonale, debitamente equipaggiati e con personale formato. Di comune accordo con i Comuni ticinesi, questi ultimi sono dunque stati esonerati dal compito di rilasciare le carte d'identità.

Coerentemente con tale impostazione, in Ticino il rilascio delle nuove carte d'identità biometriche sarà assicurato unicamente dai cinque centri cantonali già esistenti, per i quali, allo stato attuale, non sono previsti potenziamenti strutturali od organizzativi.

2. Osservazioni ad art. 13 cpv. 4 dell'ordinanza sui documenti d'identità

Con riferimento all'art. 13 cpv. 4 della modifica in oggetto, riteniamo opportuno mettere in evidenza una mancanza di chiarezza nel testo della disposizione oltre a formulare un'osservazione.

La nozione di *impedimento temporaneo di natura medica* non è sufficientemente definita. In particolare, non risulta chiaro né per quanto tempo tale impedimento possa essere considerato temporaneo, né su quali basi l'autorità di rilascio debba fondare la propria valutazione.

L'assenza di criteri chiari potrebbe portare a prassi differenti tra diverse autorità di rilascio, con rischi di contestazione o di impugnazione delle decisioni da parte delle persone interessate e con l'eventualità che gli utenti possano percepire dell'arbitrarietà all'interno dell'Amministrazione pubblica.

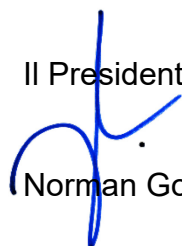
Inoltre, la possibilità di rilasciare documenti biometrici con validità limitata e senza rilevamento delle impronte digitali potrebbe, in assenza di indicazioni più precise, prestarsi ad usi impropri, ad esempio da parte di persone che si oppongono al rilascio delle impronte digitali, aggirando così il principio che sta alla base del documento biometrico.

Auspichiamo pertanto che vengano fornite precisazioni supplementari, ciò che ci permetterebbe di garantire un'applicazione uniforme, proporzionata e giuridicamente solida della summenzionata disposizione.

Ringraziandovi per l'attenzione che vorrete dedicare alle nostre osservazioni, vogliate gradire l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente



(Norman Gobbi)

Il Cancelliere



Arnoldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Sezione della popolazione (di-sp.direzione@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet

Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Herr Beat Jans
Bundesrat
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 10. Februar 2026

Nr. 71

Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung der Ausweisverordnung (VAwG; SR 143.11) und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (SR 143.11) zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip. Wir befürworten die vorgesehenen Änderungen und erachten diese insgesamt als nachvollziehbar.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

Der Staatsschreiber





Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bundeshaus West
3003 Bern

Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. November 2025 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat begrüsst die Änderung der Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisverordnung [VAWG]; SR 143.11) und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (SR 143.111) zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip. Damit werden die rechtlichen Grundlagen geschaffen, dass Ende des Jahres 2026 zusätzlich zur heutigen Identitätskarte (IDK) ohne Datenchip eine Identitätskarte mit Datenchip eingeführt werden kann. Die Einführung erfolgt auch im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der Regelung in der EU, dass dort seit August 2021 nur noch IDK mit Datenchip ausgestellt und ab Mitte des Jahres 2031 im Schengen-Raum für die Ausübung der Personenfreizügigkeit nur noch IDK mit elektronisch gespeicherten biometrischen Daten anerkannt werden. Nach einer Übergangsfrist wird im grenzüberschreitenden Verkehr auch die Schweizer Identitätskarte ohne Datenchip nicht mehr gültig sein.

Im Kanton Uri erfolgen seit Einführung der Erfassungsstationen für biometrische Reiseausweise im Jahr 2010 auch die Erfassungen für die Ausgabe der Identitätskarten zentralisiert bei der kantonalen Passstelle. Ein Antrag bei der Gemeinde ist seitdem nicht mehr möglich. Somit hat die

Einführung der Identitätskarte mit Datenchip keine bemerkenswerten Änderungen im Ablauf zur Folge und auf einen Ausbau der heute bestehenden Erfassungsstruktur kann verzichtet werden.

Weiter erachtet es der Regierungsrat des Kantons Uri als folgerichtig, dass die heutige Bezeichnung «Provisorischer Pass» in die international übliche Bezeichnung «Notpass» geändert wird.

Im Passbüro des Kantons Uri wird seit mehreren Jahren aufgrund sehr geringer Nachfrage nach provisorischen Pässen auf die Ausstellung vor Ort verzichtet. Als Alternativen für den Bezug stehen die Passbüros in Schwyz, Stans und Bellinzona zur Verfügung.

Der Regierungsrat ist mit der Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip einverstanden und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 3. Februar 2026



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Christian Arnold

Roman Balli

Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Chef du Département fédéral de justice et
police (DFJP)
Palais fédéral ouest
3003 Berne

*Envoi par courriel à (word et pdf) :
psi.strategie@fedpol.admin.ch*

Réf. : 26_COU_228

Lausanne, le 11 février 2026

Modification de l'ordonnance sur les documents d'identité et de l'ordonnance du DFJP sur les documents d'identité des ressortissants suisses en vue de l'introduction de la carte d'identité munie d'une puce

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat vaudois vous remercie de l'avoir invité à se déterminer sur le projet cité en titre.

Le projet d'ordonnance du DFJP sur les documents d'identité des ressortissants suisses (RS 143.111) prévoit un enregistrement numérique de la photographie d'identité, soit en couleur, soit en noir/blanc (annexe à l'art. 12), alors que le droit actuel mentionne que les photographies numériques doivent être en couleur. Or, une photographie couleur permet plus aisément l'identification des personnes et la détection des fraudes identitaires. Par conséquent, le Conseil d'Etat propose de maintenir l'exigence de la photographie numérique en couleur, également pour les photographies amenées par le requérant et destinées aux cartes d'identité (CI) sans puce. Ces dernières devraient être conservées dans la base de données « ISA » pendant la durée de validité du document.

Concernant la saisie de la photographie, il est mentionné à l'alinéa 1 de l'article 13 de l'ordonnance sur les documents d'identité (RS 143.11) que l'autorité d'établissement compétente prend une photographie numérique du requérant. C'est uniquement dans le rapport explicatif qu'il est indiqué que pour la CI sans puce, demandée auprès des communes, il est admis des photographies apportées par le requérant. Le Conseil d'Etat propose que cette information soit ajoutée à la section 2a, dans la procédure de demande de cartes d'identité sans puce auprès des communes.

Si le Conseil d'Etat vaudois n'émet pas d'autres objections aux modifications des ordonnances précitées, il regrette cependant que les impératifs techniques liés aux infrastructures et d'accès au système fédéral ISA conduisent à confier l'établissement des cartes biométriques à l'avenir exclusivement aux centres de biométrie cantonaux.

En vous remerciant de l'attention portée à ses déterminations, le Conseil d'Etat vaudois vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de ses sentiments respectueux.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER.



Michel Staffoni

Copies

- Office des affaires extérieures (OAE)
- Service de la population (SPOP)



2026.00303

P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Monsieur
Beat Jans
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de justice et
police
3003 Berne



Notre réf. SPM / STI / CMT
Date

11 FEV. 2026

Procédure de consultation : Modification de l'ordonnance sur les documents d'identité et de l'ordonnance du DFJP sur les documents d'identité des ressortissants suisses en vue de l'introduction de la carte d'identité munie d'une puce

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement valaisan vous remercie de l'avoir consulté au sujet de la modification citée en titre, ainsi que du travail effectué dans l'établissement des nouvelles ordonnances.

Il salue particulièrement le fait que la carte d'identité munie d'une puce soit proposée au même tarif que la carte d'identité sans puce. Il apprécie également que les cartes d'identité sans puce établies avant le délai obligatoire fixé par l'Union Européenne, soit normalement 2031, conserveront leur validité et permettront de voyager dans l'espace Schengen jusqu'à leur date d'expiration.

L'introduction de la carte d'identité munie d'une puce, prévue en Suisse pour fin 2026, aura toutefois des répercussions significatives pour le canton du Valais, tant sur le plan organisationnel que financier, dans la mesure où la compétence de délivrance des cartes d'identité sans puce est déléguée aux communes.

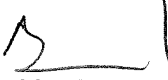
Actuellement, les communes valaisannes délivrent environ 15'000 cartes d'identité sans puce par année. Selon les estimations, près de 90 % des requérants opteront pour une carte d'identité munie d'une puce. Il en résultera un transfert de quelque 13'000 à 15'000 demandes supplémentaires par année vers les centres cantonaux de biométrie. Si la capacité technique des centres paraît suffisante, une augmentation du personnel s'avérera en revanche nécessaire. Le financement de ces besoins supplémentaires pourra être assuré par l'augmentation des émoluments perçus, en compensation de ceux actuellement revenant aux communes.

La mise en œuvre de cette réforme nécessitera en outre une adaptation de la base légale cantonale.

Nous vous remercions de l'attention portée à la présente prise de position et vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président


Mathias Reynard



La chancelière


Monique Albrecht

Copie à psi.strategie@fedpol.admin.ch

Staatskanzlei, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 22. Januar 2026 rv

**Vernehmlassung zur Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD
über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit
Datenchip
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. November 2025 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis
am 28. Februar 2026 vernehmen zu lassen. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat die
Staatskanzlei beauftragt, die Stellungnahme des Kantons Zug direkt abzugeben.

Gerne äussern wir uns dazu wie folgt:

1. Grundsätzliche Haltung

Der Kanton Zug nimmt die geplante Einführung einer Identitätskarte (IDK) mit Datenchip zur
Kenntnis und unterstützt grundsätzlich die Stossrichtung, den Schweizer Identitätsausweis im
Einklang mit internationalen Standards weiterzuentwickeln. Die Möglichkeit, künftig zwischen
einer IDK mit Chip und einer IDK ohne Chip zu wählen, bewerten wir als positiv.

2. Technische und organisatorische Umsetzung

Der Kanton Zug unterstützt die Vorgabe, dass Identitätskarten mit Chip ausschliesslich bei den
kantonalen Passstellen beantragt werden müssen. Nach unserer Überzeugung ist es jedoch
wesentlich und sachgerecht, **auch die bisherigen IDK ohne Chip vollständig in diesen Pro-
zess zu integrieren (Antrag)**. Die kantonalen Passstellen verfügen bereits heute über die not-
wendige Infrastruktur für die Erfassung biometrischer Daten sowie über etablierte, sichere Pro-
zesse. Eine **einheitliche Antragsabwicklung** für beide Varianten der IDK bietet folgende **Vor-
teile**:

- Effizienzsteigerung und klare Zuständigkeiten: Ein einziger kantonaler Prozess für alle
IDK-Anträge reduziert Doppelspurigkeiten und erhöht die Rechtssicherheit.
- Erhöhte Datensicherheit: Die Passstellen arbeiten bereits nach hohen sicherheitstechni-
schen Standards, welche für die biometrische Erfassung zwingend notwendig sind.

- Optimierte Planung und Ressourcennutzung: Eine Bündelung aller IDK-Anträge erlaubt eine präzisere Personaleinsatzplanung und verhindert parallele Infrastrukturen in Gemeinden und Kanton.
- Reduzierung organisatorischer Komplexität für die Bevölkerung: Ein einheitlicher Anlaufpunkt verbessert die Orientierung für Antragstellende und reduziert Fehleinreichungen (Kundenfreundlichkeit dank «Single point of contact»).

Der Kanton Zug ist technisch und organisatorisch in der Lage, sowohl IDK mit Chip als auch IDK ohne Chip effizient über die kantonale Passstelle abzuwickeln. Er unterstützt deshalb eine klare und gesamtschweizerisch einheitliche Regelung zugunsten der Passstellen.

3. Verzicht auf selbst mitgebrachte digitale Fotos

Wir begrüssen den Verzicht auf mitgebrachte Passfotos, dies wegen zunehmenden Risiken durch Morphing-basierte Fälschungen. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass dadurch ein erhöhtes Aufkommen an Personenaufnahmen vor Ort zu erwarten ist. Dies hat Konsequenzen für die Arbeitsabläufe und verursacht Wartezeiten, was in der Umsetzung berücksichtigt werden muss.

4. Gebührenregelung

Es ist begrüssenswert, für die IDK mit Datenchip dieselben Gebühren wie für die heutige IDK ohne Chip zu erheben. Dies verhindert unterschiedliche finanzielle Belastungen für die Antragstellenden und fördert die Wahlfreiheit.

5. Einführung des Notpasses

Die Umbenennung des «Provisorischen Passes» in «Notpass» sowie die erneuerte Ausführung sind sinnvoll. Die Anpassung ist plausibel und trägt im internationalen Personenverkehr zur besseren Verständlichkeit in Bezug auf die Bedeutung der Passkategorien bei.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen sowie unseres Antrags.

Freundliche Grüsse
Staatskanzlei des Kantons Zug



Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD (psi.strategie@fedpol.admin.ch; PDF- und Word)
- Regierungsrat des Kantons Zug (Zirkulationsmappe)
- Leiter Ausweisbüro, Robin Furrer (robin.furrer@zg.ch)
- Direktion des Innern (info.dis@zg.ch)
- Datenschutzstelle des Kantons Zug (datenschutz.zug@zg.ch)

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
CH-3003 Bern

Elektronisch an:
psi.strategie@fedpol.admin.ch

Bern, 26. Februar 2026

Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip

Antwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Ende 2026 soll zusätzlich zur heutigen Identitätskarte ohne Datenchip eine Identitätskarte mit einem solchen Chip eingeführt werden, denn als Schengen-assoziiertes Land übernimmt die Schweiz EU-Vorgaben wie die Verordnung Nr. 2252/2004: ab 2031 werden im Schengen-Raum nur Identitätskarten mit biometrischen Datenchips anerkannt.

Die SVP lehnt die Änderung der Ausweisverordnung ab. Wir brauchen keinen weiteren Ausbau biometrischer Datensammlung durch den Staat und keine unnötige Anpassung an EU-Standards. Die bestehende Identitätskarte ohne Chip erfüllt ihren Zweck vollauf, und zusätzliche Chips öffnen Türen für Missbrauch und Überwachung.

Der vorliegende Entwurf ist ein weiteres Paradebeispiel für den autonomen Nachvollzug von EU-Recht. Er kopiert einseitig EU-Verordnungen (EU 2019/1157 bzw. 2025/1208), die geschaffen wurden, um Sicherheitsmängel in anderen europäischen Staaten zu beheben. Die unhaltbare Konsequenz ist, dass die klassische Identitätskarte als biometriefreie Alternative dauerhaft kaum erhalten werden kann, denn durch die Koppelung der Reisefreiheit an den Chip entsteht ein de-facto Biometrie-Zwang – was vollumfänglich abgelehnt wird.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Marcel Dettling
Nationalrat



Henrique Schneider

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Per E-Mail an: psi.strategie@fedpol.admin.ch

Bern, 27. Februar 2026

Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,
sehr geehrte Damen und Herren

Die Auslandschweizer-Organisation (ASO), SwissCommunity, bedankt sich für die Möglichkeit, sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu den oben erwähnten Verordnungsänderungen zu äussern.

Als private Stiftung, welche – im Auftrag des Bundes laut Art. 38 des Auslandschweizergesetzes – die Interessen der rund 830 000 ausserhalb unserer Landesgrenzen lebenden Schweizer:innen vertritt, setzt sich die ASO auch für deren grenzüberschreitende Mobilität ein. Rund 64% der Auslandschweizer:innen leben in Europa und für viele von ihnen gehört das regelmässige Überschreiten von Landesgrenzen zum beruflichen und privaten Alltag. Eine einfache und praktikable Nutzung der Reisedokumente ist für sie daher von erheblicher Bedeutung.

Mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderung werden die rechtlichen Grundlagen für die Einführung der Identitätskarte mit Datenchip geschaffen, welche die erleichterte Reisefähigkeit im europäischen Raum längerfristig sicherstellt. Dies ist auch im Interesse der Auslandschweizer:innen und wird von der ASO ausdrücklich begrüsst. Wichtig ist für die Auslandschweizer:innen jedoch, dass die biometrische ID, wie bereits die biometrischen Pässe, auch bei den Schweizer Botschaften und Konsulaten im Ausland beantragt werden kann.

Wir bedanken uns bereits an dieser Stelle für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Filippo Lombardi".

Filippo Lombardi
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Hunziker".

Daniel Hunziker
Direktor



Public Affairs und Regulation · Hilfigerstrasse 1 · CH-3000 Bern 65

fedpol
3003 Bern

Per E-Mail an: psi.strategie@fedpol.admin.ch

Bern, 11. Februar 2026

Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Einführung der neuen biometrischen Identitätskarte Stellung nehmen zu können. Gestützt auf das Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (AwG) legt die Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (VAwG) die Bestimmungen für den Zugriff auf das Informationssystem Ausweisschriften (ISA) fest. Der Zugriff soll es den zuständigen Organisationen ermöglichen, die rechtmässige Nutzung von Ausweisdokumenten sicherzustellen und Fälschungen schnell zu erkennen.

Die Transportpolizei (TPO) spielt eine wesentliche Rolle bei der Wahrung der Sicherheit im öffentlichen Verkehr, indem sie identitätsbezogene Aufgaben effizient und rechtskonform durchführt. Das Bundesgesetz über Sicherheitsorgane im öffentlichen Verkehr (BGST) regelt die Aufgaben und Kompetenzen der TPO im öffentlichen Verkehr. Daraus ergibt sich, dass die Transportpolizisten die zuständigen Stellen bei der Verfolgung von Verstössen gegen Strafbestimmungen des Bundes unterstützen, welche sich auf die Sicherheit der Reisenden, der Angestellten, der transportierten Güter, der Infrastruktur oder der Fahrzeuge oder auf den ordnungsgemässen Betrieb auswirken können (Art. 3 Abs. 2 BGST). In diesem Zusammenhang können Transportpolizisten Personen anhalten, Ausweiskontrollen vornehmen, befragen und wegweisen. Überdies kann die Transportpolizei angehaltene Personen vorläufig festnehmen (Art. 4 BGST).

Es gehört zu den gesetzlichen Aufgaben der TPO, Identitätskontrollen vorzunehmen. Damit diese direkt, effizient und möglichst ohne Fehlerquelle durchgeführt werden können, braucht es gestützt auf Art. 12 Abs. 2 Bst. d AwG einen direkten Zugriff für die TPO auf das ISA. Die Abfrage genügt, es braucht keine weiteren Zugriffsrechte zur Eingabe.

SBB AG

Public Affairs und Regulation
Hilfigerstrasse 1 · 3000 Bern 65 · Schweiz
luca.arnold@sbb.ch / www.sbb.ch

Antrag: Gestützt auf Art. 12 Abs. 2 Bst. d AwG, Aufnahme der Transportpolizei in Anhang 1 VAWG, Spalte «Dritte»

Mit der Aufnahme der TPO in Anhang 1 VAWG können folgende Ziele erreicht werden:

- Effiziente Identitätsabklärung: Indem die TPO direkt zugreifen kann und nicht über eine andere Behörde / Stelle die rechtmässige Nutzung von Ausweisdokumenten sicherstellen muss, kann eine effiziente Identitätsabklärung garantiert werden. Die Wartezeiten der zu kontrollierenden Personen werden möglichst kurzgehalten und es entstehen keine unnötigen Doppelspurigkeiten.
- Durch den direkten Zugriff können unrechtmässige Nutzungen oder Fälschungen von Ausweisdokumenten schnell erkannt und verhindert bzw. geahndet werden. Durch den direkten Zugriff auf das ISA-System werden zeitverzögernde Umwege verhindert und dadurch mögliche Fehlerquellen vermieden.
- Im Gesetzeswortlaut wird der Zugriff auf die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben beschränkt. Da die Identitätsabklärung zu den gesetzlichen Aufgaben der TPO zählt, wäre der Zugriff gesetzeskonform.

Die beantragte Änderung trägt wesentlich dazu bei, die Sicherheit im öffentlichen Verkehr zu stärken und die Effizienz der TPO zu erhöhen.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unseres Anliegens. Für Fragen steht Ihnen Isabelle Keller (isabelle.keller@sbb.ch) zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Reto Liechi
Mitglied der Konzernleitung
Leiter Produktion Personenverkehr

Luca Arnold
Leiter Regulation und Internationales

Kopie an:

- Petra Breuer, Abteilungschefin Politik, Vizedirektorin
- Guido Vasella, Leiter Direktionsstab bundesnahe Unternehmen, GS UVEK



Schweizerischer Gemeindeverband
Association des Communes Suisses
Associazione dei Comuni Svizzeri
Associaziun da las Vischnancas Svizras

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

per E-Mail an:
psi.strategie@fedpol.admin.ch

Bern, 26. Februar 2026

**Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung des EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip.
Stellungnahme des Schweizerischen Gemeindeverbandes**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 12. November 2025 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD im Auftrag des Bundesrats dem Schweizerischen Gemeindeverband (SGV) das oben erwähnte Geschäft zur Stellungnahme unterbreitet. Für die Gelegenheit, uns aus Sicht der rund 1'500 dem SGV angeschlossenen Gemeinden äussern zu können, danken wir Ihnen bestens.

Ende 2026 soll zusätzlich zur heutigen Identitätskarte (IDK) ohne Datenchip eine Identitätskarte mit einem solchen Chip eingeführt werden. Dies erfordert Anpassungen an der Ausweisverordnung und an der Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige. Hintergrund ist unter anderem, dass die EU 2021 beschlossen hat, dass in den Staaten der EU nur noch IDK mit Datenchip, auf denen biometrische Daten (Foto und Fingerabdrücke) gespeichert werden, herausgegeben werden dürfen. Ab Mitte 2031 werden im Schengenraum nur noch solche IDK akzeptiert. Im Rahmen der Bilateralen III hat sich die Schweiz mit der EU darauf geeinigt, dass sie nach deren Inkrafttreten ein Jahr Zeit hat, um die IDK mit Datenchip einzuführen. Alle bis zu diesem Zeitpunkt ausgestellten Schweizer IDK ohne Datenchip werden von der EU bis zu ihrem Ablaufdatum weiterhin akzeptiert, für Erwachsene also zehn weitere Jahre lang.

Mit der Änderung der Ausweisverordnung wird nun die Grundlage für die Herausgabe der neuen IDK mit Datenchips geschaffen. Wichtig ist dabei: Es kann weiterhin eine IDK ohne Datenchip bezogen werden. Diese werden aber nur für den Gebrauch im Inland relevant sein und für Reisen in den Schengenraum nicht verwendbar sein. Die Gebühren sollen dabei für beide IDK identisch sein und dem heutigen Niveau entsprechen. Des Weiteren wird es nicht mehr möglich sein, selbst erstellte digitale Passfotos für die neuen IDK mit Datenchips mitzubringen. Dies, weil solche aufgrund der technischen Entwicklung ein Sicherheitsrisiko bergen (Identitätsmissbrauch).

Der SGV begrüsst die Vorlage grundsätzlich. Ohne die neue IDK mit Datenchip werden Reisen in den Schengenraum nicht mehr möglich sein, weshalb deren Einführung letztlich zwingend ist.

Die Einführung der neuen IDK wird jedoch auch die heutigen Strukturen bei der Beantragung der IDK verändern. Die Erfassung der biometrischen Daten, welche auf dem Datenchip gespeichert werden, erfordert eine spezielle technische Infrastruktur und speziell geschultes Personal. Deshalb werden die Kantone diese Dienstleistung wohl nur noch zentral in kantonalen Erfassungsstellen anbieten. Die Gemeinden dürften damit die Kompetenz verlieren, Anträge für neue IDK zu erfassen und zu bearbeiten, wobei die Entscheidung darüber letztlich bei den Kantonen liegt. Manche Kantone haben die Prozesse bereits heute zentralisiert. Die betroffenen Gemeinden werden somit entlastet, geben aber auch Aufgaben und Kompetenzen ab und sind in Sachen IDK nicht mehr die erste Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger. Wir verweisen für detailliertere Ausführungen auf die Stellungnahme des Verbandes Schweizerischer Einwohnerdienste VSED.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gemeindeverband

Präsident

Direktorin



Mathias Zopfi
Ständerat

Claudia Kratochvil-Hametner

Kopie an:

- Verband Schweizerischer Einwohnerdienste VSED



Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED)
Association suisse des services des habitants (ASSH)
Associazione svizzera dei servizi agli abitanti (ASSA)
Associaziun svizra dals servetschs als abitants (ASSA)

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

Word- und PDF-Version
per Mail an zz@bj.admin.ch

Mittelland, 6. Februar 2026

Stellungnahme des Verbandes Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) betreffend Änderung der Ausweisverordnung und der Verordnung EJPD über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige zur Einführung der Identitätskarte mit Datenchip

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) vertritt die Interessen seiner rund 1'000 Mitglieder, die landesweit in Einwohnerdiensten aktiv tätig sind. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und äussern uns zur anstehenden Neuregelung wie folgt.

Grundsätzliche Erwägungen

Da davon auszugehen ist, dass aufgrund der offensichtlichen Vorteile der biometrischen Identitätskarte – namentlich bezüglich Reisen im Schengenraum ab 2031 – diese künftig wohl auch vorzugsweise bezogen werden wird, bedeutet dies im Umkehrschluss für die Gemeinden, dass es zu einer abnehmenden Nachfrage (und ergo auch weniger Einnahmen) bei den nicht-biometrischen Identitätskarten führen wird.

Bei den Kolleginnen und Kollegen in den Kantonalen Passbüros wird hingegen wohl nicht nur die Anzahl Kunden zunehmen, sondern – aufgrund der erweiterten Produktpalette inklusive deren Kombinationsmöglichkeiten mit Pässen – folglich wohl auch a) der Aufklärungsaufwand bei der Kundschaft und b) der Ertrag zunehmen wird, was zu einer gewissen finanziellen Umverteilung von der Gemeinde- auf die Kantonsebene führen wird.

Ab 2031 wird die Praxis zeigen, wie viele Bürgerinnen und Bürger dann beispielsweise mit nichtbiometrischen Identitätskarten an den Flughäfen abgewiesen werden müssen respektive wie viele sich dann (wohl unbeabsichtigt) ohne biometrische Identitätskarte auf dem Landweg über unsere Landesgrenzen hinweg (beispielsweise «nur, um kurz mal günstig einkaufen zu gehen») in den übrigen Schengenraum begeben werden. Missverständnisse und Diskussionen werden da wohl unvermeidlich sein. Aber sei's drum – grundsätzlich sieht der VSED die Notwendigkeit der Einführung biometrischer Identitätskarten analog dem übrigen Schengenraum als unverzichtbar.

Als ebenso nachvollziehbar erachtet der VSED im Kontext der politischen, föderalen wie auch historischen Umstände auch, dass künftig sowohl biometrische wie nichtbiometrische Identitätskarten parallel in Umlauf sein werden.

Spezifische Erwägungen

Bekanntlich entscheiden sich beim Aufsuchen der Kantonalen Passbüros die Kunden bereits heutzutage mehrheitlich für ein sogenanntes «Kombi-Angebot» (Pass und Identitätskarte zusammen), was sich wohl auch mit dem Kombi-Angebot «2x biometrisch» mutmasslich kaum ändern wird. Die Gründe dafür werden primär wohl auch künftig im «Rabatt» (bei gleichzeitiger Beantragung) liegen, aber auch darin, dass der Zeitpunkt absehbar erscheint, ab dem die EU/EFTA-Länder nur noch biometrische IDKs zu Reisezwecken zulassen werden (inkl. Flüge; s.o.). Denn spätestens ab dann beschränkt sich der Nutzen einer nicht-biometrischen Identitätskarte auf die Identifikation der Person (im Inland). Das bei den Gemeinden momentan zur Beantragung von Identitätskarten im Einsatz stehende «Navig» wird bei den Gemeinden dann folglich nur noch sporadisch für nichtbiometrische IDKs gebraucht und dadurch wohl zunehmend auch zu einem «Auslaufmodell» werden.

Ebenso ist es ist künftig offenbar den Kantonen überlassen, Gemeinden dazu zu ermächtigen (unter Lead und Verantwortung der Kantonalen Passämter), auch mittels allenfalls zusätzlich zu beschaffender Biometrie-Kabinen «biometrisch» zu arbeiten, was jedoch allein schon aufgrund der hohen Anschaffungskosten nur bei wenigen Gemeinden eine gangbare Option darstellen wird. Alternativ wären da beispielsweise – insbesondere in flächenmässig grösseren Kantonen – auch zusätzliche, von den Kantonalen Passbüros selbst betriebene Standorte, allenfalls auch gleich in Räumlichkeiten grösserer Gemeindeverwaltungen, denkbar. Dies, um bezüglich Identifikations- und Reisedokumenten auch in Zukunft nahe bei der (zusehends alternden) Kundschaft sein zu können (Service public-Gedanke). Die Praxis wird zeigen, inwiefern sich die Kantonalen Passbüros auf solch denkbare Variationen einlassen werden.

Für die wohlwollende Prüfung unserer Erwägungen danken wir Ihnen bestens und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Alexander Ott
Co-Präsident VSED



Luis Gomez
Co-Präsident VSED

Kopie an:

- Verband Aargauer Einwohnerdienste VAE
- Verband Zürcher Einwohnerkontrollen VZE
- Schweizerischer Städteverband
- Schweizerischer Gemeindeverband